



Rudolf Ramsauer,
Direktor

Wer sich derzeit in KMU-Kreisen umhört, hört viele Klagen wegen der «Steuerfallen» bei der Unternehmensnachfolge. Aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids können kreditfinanzierte Firmenübernahmen mit gravierenden fiskali-

Wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen sind Sache der Politik, nicht der Gerichte.

schen Folgen enden. Wer eine personenbezogene Kapitalgesellschaft veräussert, muss mit der Besteuerung des privaten Kapitalgewinns rechnen. Die gegenwärtige Situation ist unhaltbar. Sie legt natürlichen Unternehmensnachfolgen Hürden und Unsicherheit in den Weg und erschwert damit den für unsere Volkswirtschaft entscheidend wichtigen Strukturwandel. Die Wirtschaftspolitik muss sich dieses Problems im Interesse der Anpassungsfähigkeit unserer Unternehmen dringlich annehmen. Die Aufgabe, wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen zu setzen, ist Sache der Politik. Sie darf nicht an fiskalistisch interpretierende Gerichte abgetreten werden.

@ rudolf.ramsauer@economie.suisse.ch

Elektrizität: Wahlfreiheit ohne neue Barrikaden gefordert

Um den schweizerischen Elektrizitätsmarkt zu öffnen ist eine neue Gesetzgebung gefordert. Der Entwurf des Stromversorgungsgesetzes erfüllt die volkswirtschaftlichen Anforderungen nicht.

Der EU-Binnenmarkt für Elektrizität ist Realität. Seit Juli 2004 haben alle kommerziellen Verbraucher in der EU das Recht, ihren Stromlieferanten zu wählen. Und der Markt funktioniert. In Deutschland, wo die Öffnung bereits seit sieben Jahren gesetzlich festgeschrieben ist, haben ein Drittel der Industriekunden einen neuen Lieferanten, zwei Drittel einen besseren Vertrag mit dem bisherigen Lieferanten. Auch mehr als die Hälfte aller gewerblichen Verbraucher profitieren im deutschen Markt von besseren Konditionen. In der Schweiz wird jedoch den Kunden eine solche Wahlfreiheit noch immer verwehrt. Die Folge sind rekordverdächtig hohe Stromtarife, insbesondere für KMU und Gewerbe. Es ist deshalb längst an der Zeit, dass die hiesige Wirtschaft gleich lange Spiesse erhält wie ihre Konkurrenz im EU-Raum.

Neue Gesetzgebung für reibungslose Öffnung gefordert
Der im Mai von der nationalrätlichen Kommission verabschiedete Entwurf des Stromversor-



Schweizer Kunden leiden weiterhin an fehlender Wahlfreiheit des Stromlieferanten.

gungsgesetzes (StromVG) ist weit entfernt von der ursprünglich vom Bundesrat formulierten Absicht, durch Öffnung der Wirtschaft Wachstumsimpulse zu verleihen. Mittlerweile stellt sich auch die Frage gar nicht mehr, ob der Strommarkt geöffnet werden soll. Das Bundesgericht hat dies mit einem richtungsweisenden Urteil bereits im Juni 2003 beantwortet. Durch die Unterstellung der Stromversorgung unter den Anwendungsbereich des Kartellgesetzes stellt sich heute vor allem die Frage, wie die Öffnung reibungslos umgesetzt werden kann. Im Vordergrund steht deshalb die Ablösung des wenig befriedigenden kartellrechtlichen Marktzugangsregimes durch eine volkswirtschaftlich sinnvolle und unkomplizierte Gesetzgebung.

Entwurf StromVG volkswirtschaftlich schädlich

Der vorliegende Entwurf des StromVG hat nicht mehr viele Gemeinsamkeiten mit den oben genannten Zielen. Nicht nur das darin enthaltene neue Subventionspaket zugunsten von Kleinstkraftwerken von jährlich mehreren hundert Millionen Franken ist verfehlt: Durch planwirtschaftliche Vorgaben und Zwang zur Kostenübernahme läuft es den Absichten der Marktöffnung diametral entgegen. Auch der Anspruch einer Verbesserung der Versorgungssicherheit, welcher bereits mit dem Titel «Versorgungsgesetz» suggeriert wird, bleibt ein unerfülltes Versprechen. Schwerer wiegt die Tatsache, dass mit den

Fortsetzung auf Seite 2

Schwerpunktthema

Das Ziel des Bundesrats in der Legislaturperiode 2003–2007 ist eine starke Wachstumspolitik. Die Zwischenbilanz weist auf wenig Erfolge hin. [Seite 2](#) ▶

Invalidisierung

In der Baubranche, aber auch in der öffentlichen Verwaltung besteht ein grosses Risiko, invalid zu werden. Psychische Leiden überwiegen. [Seite 3](#) ▶

Freier Personenverkehr

Ein Jahr nach der EU-Erweiterung zieht die EU-Kommission eine positive Bilanz. Chancen werden genutzt, Risiken sind ausgeblieben. [Seite 4](#) ▶

KMU-Porträt

Das 1995 gegründete Biotech-Unternehmen Cytos bekämpft chronische Krankheiten von Nikotinsucht bis Alzheimer auf der Immunebene. [Seite 6](#) ▶

Zwischenbilanz der Legislatur

Sind Anzeichen dafür zu erkennen, dass der Bundesrat sein Ziel einer starken Wachstumspolitik tatkräftig verfolgt? Die Zwischenbilanz in der Hälfte der Legislatur fällt wenig erfolversprechend aus.

Die Stärkung der Wachstumskräfte durch bessere Rahmenbedingungen ist das übergeordnete Ziel des Bundesrats für die Legislatur 2003–2007. Zu diesem Zweck hat er im Januar 2004 ein Wachstumspaket mit 17 Massnahmen präsentiert. Dieses war insofern halbherzig, als darin bereits laufende Vorhaben, schon angekündigte Massnahmen und geplante Vorlagen verpackt wurden. Darum hat das bundesrätliche Wachstumspaket bei Haushalten und Unternehmen auch keine Aufbruchstimmung erzeugt, indem eine überzeugende und verlässliche Zukunftsperspektive durch ein bürger- und unternehmensfreundliches Steuersystem sowie ein günstiges Regulierungsumfeld mit weniger staatlichen Interventionen aufgezeigt worden wäre. Die günstige Wirtschaftsentwicklung 2004 ist denn auch kaum auf die bundesrätliche Politik zurückzuführen.

Ernüchternde Zwischenbilanz

Wo stehen wir in der Hälfte der Legislatur? Zu diesem Zweck wird versucht, die einzelnen Massnahmen des Pakets nach deren gegenwärtigem Umsetzungsstand in Bezug auf ihre

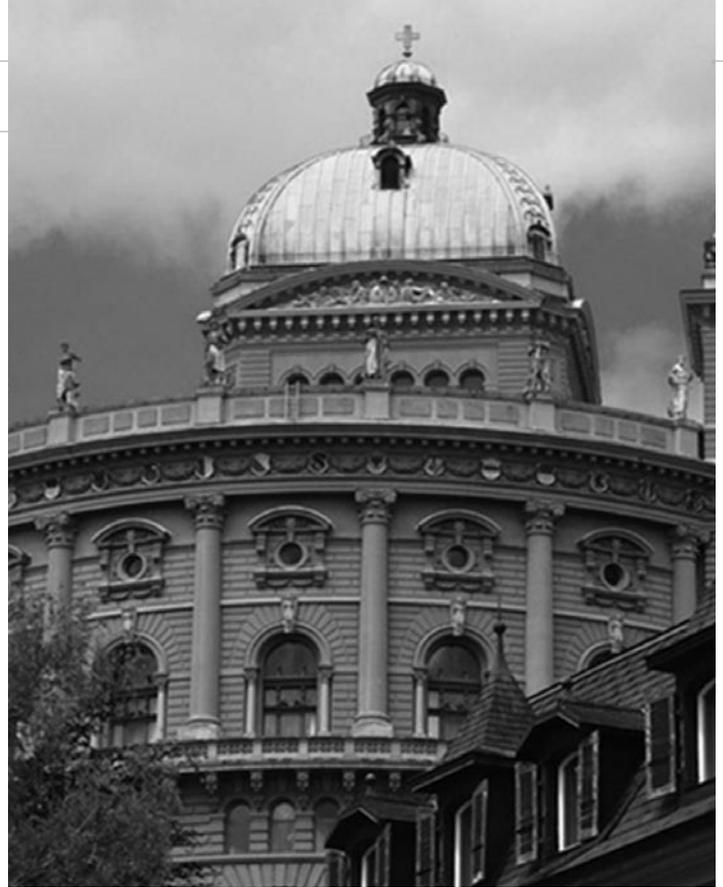
Wachstumsrelevanz qualitativ zu bewerten.

Die Bilanz fällt mehr als durchgezogen aus, vor allem wenn man berücksichtigt, dass die Sozial- und Gesundheitspolitik blockiert ist und in der Bildungs- und Forschungspolitik (z.B. neue Bildungsverfassung) die Handschrift des Bundesrats bisher wenig zu sehen war. Die Hoffnungen, welche die Wirtschaft in die Führungskraft des neu zusammengesetzten Bundesrats gesetzt hat, haben sich bis heute nur teilweise erfüllt.

Wachstumskräfte stärken

Wenn die Wachstumspolitik der Landesregierung klare Konturen erhalten soll, so gilt es die Wachstumskräfte quer durch alle Departemente zu stärken und nicht bloss im EVD. Deshalb muss der Bundesrat wachstums- bzw. reformpolitisch konsequenter führen. Zu diesem Zweck müssen die Wachstumsimpulse stärker gewichtet werden als alte, wettbewerbsbehindernde Besitzstandspositionen. Dabei sollte der Bundesrat auch von der vorausseilenden Rücksichtnahme auf die Referendumsdemokratie Abstand nehmen und stattdessen problemgerechte Vorschläge unterstützen. Schliesslich muss auch das Parlament die Stärkung der Wachstumskräfte zur Leitlinie seines wirtschaftspolitischen Handelns machen.

@ rudolf.walser@economiesuisse.ch



Bilanz des bundesrätlichen Wachstumspakets

1. Beseitigung des strukturellen Defizits des Bundes und Wachstumseindämmung der Staatsquote	+
2. Revision des Binnenmarktgesetzes	++
3. Agrarpolitik 2001	--
4. Ausweitung Personenfreizügigkeit	++
5. Wettbewerbsorientierte KVG-Revision	--
6. Unternehmenssteuerreform	--
7. Neue Elektrizitätswirtschaftsordnung	---
8. Umsetzung Massnahmen Bürokratiebefreiung	--
9. Revision BG über das öffentliche Beschaffungswesen	0
10. 5. IV-Revision	---
11. Prüfung Notwendigkeit verstärkte Tertiärausbildung	0
12. Ermittlung Anpassungsbedarf an EU-Dienstleistungsmarkt	0
13. Verbesserung wirtschaftsrechtlicher Rahmenbedingungen	-
14. Massnahmenpaket Arbeitsmarktregulierung (ältere Arbeitskräfte)	0
15. Prüfung Revision Mehrwertsteuergesetz	0
16. Prüfung Rolle des Bundes in der Weiterbildung	0
17. Verbesserung der Corporate Governance	0
+ positiver Einfluss / - negativer Einfluss / 0 neutral	

Fortsetzung von Seite 1

angeblich für die Versorgungssicherheit einzuführenden Massnahmen neue Barrikaden gegen den Marktzugang errichtet und veraltete Versorgungsstrukturen auf Kosten der Kunden zementiert werden sollen. Für die Volkswirtschaft ist ein solches Gesetz schädlich und im heutigen wirtschaftspolitischen Umfeld unverständlich. Aus Sicht der Wirtschaft ist daher der bestehende kartellrechtlich gere-

gelte Marktzugang – trotz allen Unzulänglichkeiten – dem gegenwärtigen Entwurf StromVG eindeutig vorzuziehen.

Forderung nach geeignetem und politisch mehrheitsfähigem Rechtsrahmen

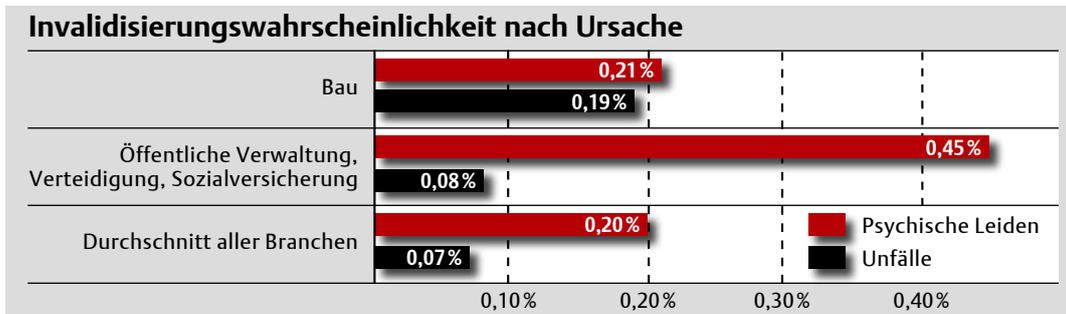
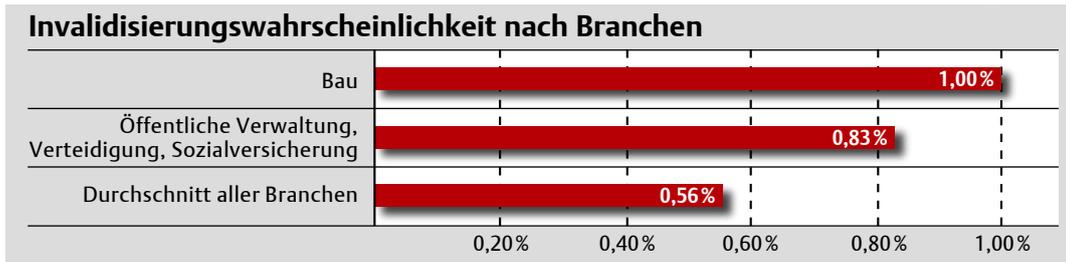
Bleibt die Frage der Versorgungssicherheit. Die im Mai von Axpo vorgestellten Resultate der Perspektivstudien zur Versorgung zeigen mit aller Deutlichkeit, wo die wirklichen Engpässe zu lokalisieren sind. Anstelle

von Staatsinterventionismus und wettbewerbsverzerrenden Subventionen ist ein günstiger und vorhersehbarer Rechtsrahmen gefordert. Nur damit kann ein geeignetes Investitionsklima geschaffen werden, das für langfristig angelegte, kapitalintensive Projekte im Kraftwerks- und Übertragungsbereich notwendig ist. 15 Jahre nach dem Einläuten des Moratoriums der Kernenergie ist klar, dass sich trotz grossen Effizienzfortschritten und den mannigfachen Anstrengun-

gen von Energie2000 und EnergieSchweiz der Stromverbrauch nicht vom Wirtschaftswachstum abkoppeln lässt. Die Politik ist einmal mehr an der Reihe und muss mehrheitsfähige Lösungen finden. Aber bitte nicht wie beim StromVG, wo die berechnete Forderung einer geregelten Marktöffnung als politisches Pfand für untaugliche energiepolitische Experimente herhalten muss.

@ urs.naef@economiesuisse.ch

Wo entsteht die Invalidisierung?



Quelle: Hefti Christoph und Siegrist Stefan, «Invalidität nach Branchen und Tätigkeit», Blöchliger, Staehelin & Partner, Mai 2004 (Studie zuhanden BSV)

Das höchste Risiko, im Verlauf des Erwerbslebens invalid zu werden, haben Erwerbstätige aus der Baubranche, aber auch Angestellte aus der öffentlichen Verwaltung. Letztere sind bei den psychischen Leiden klar führend.

Eine vom Bundesamt für Sozialversicherung in Auftrag gegebene Studie hat das Invaliditätsrisiko nach Wirtschaftsbranchen bei den IV-Neurenten im Jahr 2003 genauer untersucht und bringt teilweise Erstaunliches zutage: Die Wahrscheinlichkeit invalid zu werden variiert erheblich unter den einzelnen Wirtschaftsbranchen. An der Spitze steht erwartungsgemäss der Bausektor mit einer Invalidisierungswahrscheinlichkeit von 1,0 Prozent, an zweiter Stelle folgt bereits die öffentliche Verwaltung mit 0,83 Prozent. In den übrigen Branchen, wo knapp 88 Prozent der Beschäftigten arbeiten, liegt der Wert mit 0,51 Prozent deutlich tiefer. Im Durchschnitt aller

Branchen beträgt das Risiko invalid zu werden 0,56 Prozent.

Vorwiegend psychische Leiden

Die Ursachen für die Invalidität sind je nach Branche sehr unterschiedlich. Bei den Unfällen als Invaliditätsursache liegt die Baubranche zusammen mit dem Gastgewerbe an der Spitze. Psychische Leiden als Ursache der Invalidisierung sind hingegen in der öffentlichen Verwaltung mit klarem Abstand am höchsten. In der öffentlichen Verwaltung wurden von 1000 Erwerbstätigen 2003 fast fünf Personen aus psychischen Gründen invalid. Diese Wahrscheinlichkeit ist mehr als doppelt so hoch als der Durchschnitt aller Branchen (0,20 Prozent).

Doch in allen Branchen – selbst im Bausektor – ist die Wahrscheinlichkeit, aufgrund eines psychischen Leidens invalid zu werden, höher als aufgrund von Unfällen. Während lediglich rund zehn Prozent aller IV-Neurenten aufgrund eines Unfalls erfolgen,

ist der Anteil der psychischen Ursachen für die IV-Rente mit rund einem Drittel sehr bedeutend.

Therapien gegen Verrentung

Die gewonnenen Erkenntnisse sollen dazu beitragen, die zunehmende Verrentung zu stoppen. Die Studie basiert auf einer Teilerhebung in den Kantonen Bern, Genf, Tessin, Jura, Basel-Stadt, Schwyz und Uri. Ab 2005 werden die Angaben der Neu-IV-Rentner bezüglich sozioökonomischer Kriterien standardmässig erfasst. Das gewachsene Problembewusstsein einer volkswirtschaftlich zu teuren Abschiebung in die IV-Rente hat 2004 mit dazu beigetragen, dass sechs Prozent weniger neue IV-Renten zugesprochen wurden als im Vorjahr. Da die Invaliditätsquote aber weiterhin zunimmt, sind weiter gehende Massnahmen unumgänglich. Dabei sollte das Problem gezielt an der Wurzel angegangen werden.

@ brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch

«Schweizer Wirtschaft für die Bilateralen» gegen 200 Mitglieder. Werden auch Sie Mitglied!

@ andreas.bosshart@economiesuisse.ch

Weitere Infos:

www.bilaterale.ch

«Business in Society»

Die Thematik der Verantwortung von Unternehmen in der Gesellschaft gewinnt zunehmend an Bedeutung und Aktualität. In der ICC befasst sich die Kommission «Business in Society» mit diesen Fragen.

Die Kommission «Business in Society» geht auf eine Initiative von Unternehmen zurück, welche die ICC aufforderten, ein Diskussionsforum zu organisieren. In diesem sollen Erfahrungen mit Druckversuchen von spezifischen Aktivistengruppen zu Fragen wie den Menschenrechten, Umwelt- und Arbeitsnormen ausgetauscht werden.

Die Kommission hat vor kurzem eine Stellungnahme zur Veröffentlichung von Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialberichten abgegeben: Die ICC befürwortet nachdrücklich eine freiwillige und flexible Berichtspublikation und lehnt einen normierten Ansatz ab. Von den Unternehmen wird zunehmend verlangt, den Finanzbericht um nicht finanzielle Indikatoren zu ergänzen. Die Unternehmen möchten mit der regelmässigen Berichterstattung über die wirtschaftlichen, umweltpolitischen und sozialen Leistungen ihren Ruf sichern, die Motivation der Beschäftigten steigern, mehr Stellenbewerber anziehen, das gute Markenimage in der Öffentlichkeit gewährleisten, die Kapazität zur Kapitalbeschaffung steigern und letztlich den Ertrag verbessern.

Die Kommission beschäftigt sich ausserdem mit den Fragen des «Global Compact» der UNO und mit den «OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen». Die ICC hat vor kurzem ihre Bemerkungen zur nächsten Phase des «Global Compact» unterbreitet, dessen Entwicklung die Freiwilligkeit grundsätzlich in Frage stellen könnte.

Die ICC Schweiz ermöglicht den schweizerischen Unternehmen, sich am Diskussionsforum dieser wichtigen Kommission zu beteiligen. economiesuisse hat eine Diskussionsplattform zur Thematik geschaffen.

Nähere Informationen:

@ info@icc-switzerland.ch

AUFRUF: UNTERNEHMER FÜR DIE BILATERALEN

Am 25. September stimmt das Schweizervolk über die Ausdehnung des Personenverkehrs-Abkommens ab. Für die Schweizer Unternehmen geht es dabei um viel. Denn im schlimmsten Fall stehen alle sieben Verträge der Bilateralen I und damit der be-

währte bilaterale Weg auf dem Spiel.

Sie als Unternehmer/in und Arbeitgeber/in sind eine wichtige Stimme im Abstimmungskampf. Wir möchten Sie deshalb aufrufen, sich aktiv zu engagieren. Bereits jetzt zählt das Komitee

Freier Personenverkehr: Positive Erfahrungen in der EU

Ein Jahr nach der EU-Erweiterung zieht die EU-Kommission eine positive Bilanz. Die Vorzüge des freien Personenverkehrs in der erweiterten EU überwiegen. Auch vormals skeptische Länder wie zum Beispiel Schweden attestieren Vorteile.

Ein Jahr nach der Erweiterung präsentiert sich eine EU-weite Win-Win-Situation. Für die EU-15 öffnet sich ein viel versprechendes Rekrutierungsgebiet für gut qualifizierte Arbeitskräfte. Die neuen Mitgliedstaaten sind mit ihrer Wachstumsdynamik, ihrem Nachholbedarf und einem Konsummarkt mit 75 Millionen EU-Neubürgern begehrte Partner für die am freien Personenverkehr partizipierenden Staaten. Auch der Handel zwischen der EU-15 und den zehn Neumitgliedern hat kräftig zugelegt. Nicht nur die «Neuen» profitieren demnach von einem kräftig wachsenden Bruttoinlandsprodukt und einer raschen Entwicklung des Lebensstandards, auch ihre westlichen Partner kommen in den Genuss wirtschaftlicher Prosperität durch die Integration der Länder in Mittel- und Osteuropa.

Chancen genutzt, Risiken ausgeblieben

Trotz des Rechts der bisherigen EU-Staaten, während maximal sieben Jahren nationale Beschränkungen auf den heimischen Arbeitsmärkten zu belassen, hat Schweden zusammen mit Irland und Grossbritannien den freien Personenverkehr für Bürgerinnen und Bürger aus den neuen Mitgliedstaaten ohne Restriktionen bereits am 1. Mai 2004 zugelassen. Immerhin galt es, damals bestehende Bedenken eines rigorosen «Sozialtourismus» durch eine sozi-

aldemokratische Minderheitenregierung zu entkräften. Begleitet wurde die Debatte durch eine für schwedische Verhältnisse hohe Arbeitslosenquote von knapp fünf Prozent. Heute zeigt der Entscheid, dass die damaligen Ängste unbegründet waren: Ein «Run» auf das schwedische Modell ist ausgeblieben, selbst wenn ausländische, in Schweden arbeitende Personen Anrecht auf Familiengelder (nicht in Schweden lebenden Familienangehörigen wird der Anteil ins Ausland ausbezahlt), Familiennachzug und Ergänzungsleistungen für Wenigverdiener haben. Gemäss amtlichen Zahlen sind im ersten Jahr des neuen Regimes rund 2500 Arbeitskräfte mehr nach Schweden gekommen als in der Zeitperiode davor – laut dem Bundesverband der schwedischen Unternehmen eine vernachlässigbare Zahl. Für ihn ist die laufende Entwicklung positiv: Einerseits besetzen die neuen Arbeitskräfte Bereiche, in denen ein Angebotsmangel einheimischer Arbeitskräfte herrscht. Andererseits ist es nicht zu dem auf schwedische Sozialgelder abzielenden Grossandrang ausländischer Arbeiter gekommen.

Grenzen der Mobilität

Wie das Beispiel Schweden zeigt, ist auch nach der fünften EU-Erweiterung kein signifikanter Wandel arbeitsbedingter Migrationsströme in den «Goldenen Westen» zu beobachten. Mittelost- und osteuropäische Länder bieten ihren Landsleuten mittlerweile gute Perspektiven. Die Länder zeichnen sich durch überdurchschnittliche Wachstumsraten aus und gelten als attraktive Märkte für ausländische Investoren. Berechnungen der EU ergeben eine potenzielle Migrationsziffer von lediglich einem Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung in den neuen EU-Ländern in den ersten fünf Jahren. Zusätzlich rechnet die EU damit, dass rund jeder Dritte vom deutschen und etwa ein Zehntel vom österreichischen Arbeitsmarkt absorbiert wird.

Positive Bilanz

Die erweiterte Personenfreizügigkeit ist kein Auslöser einer neuen Völkerwanderung, die auf Lohndumping und die Schwächung westlicher Sozialeinrichtungen abzielt, sondern vielmehr ein bedeutender Markstein für soziale und wirtschaftliche Stabilität und Wohlfahrt in Europa.



Freier Personenverkehr ist ein Markstein für soziale und wirtschaftliche Stabilität und Wohlfahrt.



Florent Roduit,
Delegierter in Brüssel

Blickpunkt Vereinigte Staaten und China

Die europäische Dynamik wird häufig nur hinsichtlich des Binnenmarktes beurteilt. Die Identität und die Ausstrahlung der EU entfalten sich jedoch auch über die wachsende Zusammenarbeit mit den wichtigsten Wirtschaftspartnern. So verabschiedete die Europäische Kommission vor kurzem eine Reihe von Initiativen, welche den Handel und die Investitionen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten ankurbeln und die Entwicklung hin zu einem hindernisfreien Markt vorantreiben sollen. Ausserdem wurden Vorschläge zur Festigung der politischen Architektur der transatlantischen Partnerschaft unterbreitet.

Aus der Perspektive der Wirtschaftskreise ist die neue bilaterale Kooperationsplattform selbstverständlich zu begrüssen. Unter anderem steigert sie – paradoxerweise – die Erfolgchancen der nächsten entscheidenden multilateralen Verhandlungen in der WTO. Der gleiche Impuls wird von den europäischen Geschäftskreisen in Richtung China ausgehen.

Die klare Absicht der EU, die Zusammenarbeit mit den beiden wichtigsten Mitbewerbern zu erweitern und zu vertiefen, lässt mit Recht unsere politischen Behörden nicht gleichgültig: Sie bemühen sich um eine aktive Beteiligung an dieser tiefgreifenden Bewegung. Der politische Wille, das Isolationsrisiko unseres Landes zu verringern, indem das Netz der bilateralen Verträge noch enghmaschiger geknüpft wird, ist deshalb nur zu begrüssen.

Investitionen für den Klimaschutz

Coop realisiert bereits seit längerer Zeit vorbildliche Massnahmen für den Klimaschutz: seit 2002 verstärkt und in Zusammenarbeit mit der Energie-Agentur der Wirtschaft.

Nicht nur bei zahlreichen Verkaufsstellen spart Coop mit gezielten Massnahmen Energie ein und senkt die CO₂-Emissionen. Zwei Praxisbeispiele verdeutlichen, dass Coop auch die Produktionsstandorte und Verteilzentren in ihre weitsichtige Klimapolitik mit einbezieht.

Swissmill setzt auf Solarstrom

Der Produktionsbetrieb Swissmill in Zürich verbraucht im Jahr knapp 16 000 MWh Strom. Es liegt daher nahe, in erster Linie Massnahmen für die Reduktion des Stromverbrauchs zu realisieren. Bereits 1996 und 2001 wurden dazu die zwei ersten Photovoltaikanlagen (Solarzellen) in Betrieb genommen. Im April 2005 folgte mit dem Bau des neuen Hochregallagers gar eine dritte, mit der die Swissmill pro Jahr rund 20 000 kWh Strom einspart. Mit diesen drei Anlagen deckt der Coop-Betrieb nun insgesamt rund 75 000 kWh des gesamten Strombedarfs durch Solarstrom. Zusätzlich werden

durch Check-up's im Rahmen der EnAW-Moderation laufend Optimierungen durchgeführt und wirtschaftliche Effizienzpotenziale ausgeschöpft.

Substitution durch Fernwärme

Die Wärmezentrale in der Coop-Produktions- und -Verteilzentrale (PVZ) in Pratteln besteht aus drei Heisswasserkesseln mit jeweils einem Zweistoffbrenner. Anhand von Systemtrennungen wird die Wärme auf die fünf energierelevanten Gebäude verteilt. Mit betriebswirtschaftlich lohnenswerten Investitionen wurde nun die fossile Wärmeerzeugung durch den Anschluss an den Wärme-

verbund Grüssen in Pratteln ersetzt. Somit werden der Öl- und Gasverbrauch durch Fernwärme substituiert und 35 Prozent CO₂ eingespart.

EnAW als wichtiger Partner

Die Begleitung dieser Projekte durch die EnAW trägt massgeblich zum effizienten Erreichen der vereinbarten Ziele bei. Gemäss Swissmill-CEO Josef Achermann ist der Beizug der EnAW aus zwei Gründen enorm wichtig: Die Swissmill ist einerseits verpflichtet, die Vorgaben von ISO 14 000 zu erfüllen, und andererseits schätzt sie die neuesten Erkenntnisse und Ideen aus der guten Beratung und Betreuung.



Neues Swissmill-Hochregallager (Stahl-/Glaskonstruktion) mit Solaranlage auf dem Dach.

Zahl der Parkplätze normieren?

Die Zahl der Parkplätze bei Gebäuden wird in der Schweizer Norm SN 640 281 festgelegt. Neubauvorhaben für geschäftliche Zwecke, aber auch für den Wohnungsbau werden durch diese Vorgaben des Verbands der Schweizer Strassenfachleute (VSS) weitgehend mitbestimmt.

Zurzeit wird diese Norm überarbeitet. Trotz ihres technischen Anscheins ist sie von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung, legt sie doch das Verfahren für die Bestimmung des minimalen wie des maximalen Parkplatzangebots bei Bauvor-

haben fest. Die vorgegebenen Richtwerte werden projektbezogen anhand der lokalen Verhältnisse und der Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr angepasst.

Unternehmen nicht künstlich behindern

Besonders betroffen sind der Detailhandel und die Promotoren grösserer Bauprojekte, haben doch diese Normen eine präjudizielle Wirkung für die Baubewilligungs- wie allfällige Gerichtsverfahren. Man kann sich fragen, ob eine derartige Festlegung tatsächlich notwendig ist. Jedenfalls schafft sie

kaum Planungssicherheit. Solche Vorgaben können sich auf die Realisierung von Projekten ebenso hinderlich auswirken wie das Verbandsbeschwerderecht in seiner heutigen Form. Entsprechend müssen die interessierten Unternehmen auf diesen privaten Normierungsprozess im Rahmen der Schweizerischen Normen-Vereinigung aktiv Einfluss nehmen und gegenüber dem VSS kritisch Stellung beziehen. Sonst besteht die Gefahr, dass die Standortbedingungen in der Schweiz künstlich verschlechtert werden.

@ thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Treffen mit iranischer Wirtschaftsdelegation

Am 24. Mai traf der Handelsminister der Islamischen Republik Iran, Mohammad Shariatmadari, im Rahmen seines Besuchs in der Schweiz eine Delegation von economiesuisse unter der Leitung des Präsidenten Ueli Foster. Das Treffen bot Gelegenheit, Kontakte zwischen schweizerischen und iranischen Unternehmen zu knüpfen. Die Schweiz und Iran haben in den vergangenen Jahren die Handelsbeziehungen vertieft. Im Jahr 2004 verzeichneten die schweizerischen Exporte in den Iran mit 584 Millionen Franken eine Zunahme um acht Prozent gegenüber 2003.

Das von einer freundschaftlichen Atmosphäre geprägte Treffen bot den Teilnehmern auch die Gelegenheit, neue Projekte zu erörtern und bestimmte Handels- und Investitionshemmnisse anzusprechen. Der iranische Handelsminister wurde im Rahmen des Besuchs auch von Bundesrat Joseph Deiss empfangen. Aus diesem Anlass unterzeichneten der Iran und die Schweiz ein Handelsabkommen zur Verbesserung des Rechtsrahmens für den bilateralen Handel. Mit diesem Abkommen wird der Warenhandel zwischen der Schweiz und dem Iran künftig den Prinzipien der WTO unterliegen. Ist das Abkommen ratifiziert, dürfte es ausserdem einen besseren Schutz des geistigen Eigentums gewährleisten.

@ jan.perret-gentil@economiesuisse.ch

150 Jahre ETH Zürich

Zentrale Herausforderung der nächsten Jahrzehnte wird sein, ökonomisches Wachstum zu fördern und gleichzeitig die globalen Ressourcen sorgsam zu bewirtschaften. Diese Balance ist notwendig, um das Bevölkerungswachstum zu meistern, die Armut in weiten Regionen der Welt zu lindern und nachhaltige Entwicklungen sicherzustellen.

Am 17. November werden sich renommierte Vertreter aus Wirtschaft, Politik und ETH Zürich mit langfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die ETH auseinandersetzen. Weitere Infos:

@ cornelia.lutz@economiesuisse.ch

Den Erfolg eingepflegt

Das Biotech-Unternehmen Cytos geht chronischen Krankheiten auf der Immunebene an. Von Alzheimer bis zur Nikotinsucht. 2010 soll die Gewinnzone erreicht sein.



CEO Wolfgang Renner.

Pflasterchen hinter Ohr kleben. Nikotin-Kaugummi kauen. Oder gar seiner Clique den Rücken kehren: Die Mittel Wege, wie sich Raucher von ihrer liebsten Gewohnheit zu trennen suchen, sind ebenso zahlreich wie verzweifelt. Die Rückfallrate ist hoch. Ein aussichtsloser Kampf also?

57 Prozent lassen das Rauchen sein

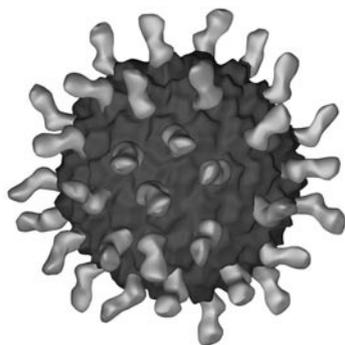
Nicht, wenn die körpereigenen Abwehrkräfte für diesen Kampf mobilisiert werden, ist man sich bei Cytos sicher. Das Schlieremer Biotech-Unternehmen hat einen neuartigen Impfstoff entwickelt, der genau das tut: Nach der Impfung haben 57 Prozent der Testpersonen, die auf den Wirkstoff mit einer guten Antikörperantwort ansprachen, mit dem Rauchen aufgehört. Von den Testpersonen, welche eine geringere Antikörperantwort produzierten, waren 32 Prozent abstinent. Das zeigt eine diesen Mai präsentierte klinische Studie. Der Erfolg ist umso wichtiger, als dem Wirkstoff gegen die Nikotinsucht eine Vorreiterrolle zukommt. «Damit konnten wir beweisen, dass unsere Plattform funktioniert», sagt Claudine Blaser, Kommunikationsverantwortliche bei Cytos.

Die Plattform: Das ist der Ansatz, der den insgesamt 27 Wirkstoffen in der Forschungspipeline von Cytos zugrunde liegt. Das Im-

munsystem wird dazu gebracht, krank machende Moleküle oder Zellen unschädlich zu machen. Zu diesem Zweck werden diese Moleküle dem Körper in Form einer Impfung verabreicht, welche die körpereigene Abwehr in Alarm versetzt. Die Antikörper, die gegen den «Eindringling» gebildet werden, sind von da an bereit zum Einsatz. Sollte jenes bestimmte Molekül noch einmal im Körper auftauchen, wird es erkannt und neutralisiert. Erstaunlich: Das Prinzip lässt sich nicht nur auf Nikotin, sondern unter anderem auch auf Moleküle anwenden, die zu hohem Blutdruck, Alzheimer oder Fettleibigkeit führen.

Ohne die Grossen geht's nicht

Die so genannten «Immuno-drugs» haben ein gewaltiges Potenzial: 1,3 Milliarden Menschen rauchen, über 30 Prozent aller Erwachsenen haben einen zu hohen Blutdruck. Entsprechend aufwändig werden sich dereinst Marketing und Produktion der Impfstoffe gestalten. Hier kommen die Allianzen mit den grossen Pharmaunternehmen ins Spiel – eine Strategie, die Cytos konsequent verfolgt. Bei der Entwicklung des Wirkstoffs gegen Alzheimer etwa haben die Schlieremer



Lösen die körpereigene Abwehr aus: Immunodrugs.



DNA-Transfer: Bis zum fertigen Medikament vergehen Jahre der Forschung.

schon sehr früh mit Novartis zusammengearbeitet. Beide Seiten profitieren: Die Pharma-Riesen erhalten die Rechte an Entwicklung und Verkauf neuer Medikamente. Cytos hingegen finanziert mit der Hilfe der Grossen seine Forschung und verdient nach der Lancierung der Medikamente an den Lizenznahmen. Nicht zuletzt verschaffen Namen wie Novartis und Pfizer Cytos das nötige Vertrauen bei den Investoren.

Und ohne Investoren geht es nicht, denn die börsenkotierte Cytos schreibt weiterhin rote Zahlen. 2005 wird die Forschung voraussichtlich bis zu 2,9 Millionen Franken pro Monat verschlingen. Dagegen wird der Wirkstoff gegen Nikotinsucht voraussichtlich erst 2010 auf den Markt kommen. Obwohl die Finanzierung bis 2007 gesichert ist, ist deshalb für Cytos klar: Ge-

forscht kann nur werden, wenn auch das Geschäftliche stimmt. Keine einfache Sache, denn die Forschenden bei Cytos – allen voran CEO Wolfgang Renner – mussten sich das betriebswirtschaftliche Know-how meist in der Praxis aneignen. Mit Erfolg, so scheint es. Das 1995 gegründete ETH-Spin-off ist heute die Nummer eins am Biotech-Standort Schweiz.

Forschung im Netzwerk

Neben dem klaren Ziel der Produktentwicklung eine flexible Forschung zu gewährleisten – das werde auch weiterhin eine wichtige Herausforderung für Cytos bleiben, sagt Blaser. Die 110 Mitarbeiter in Schlieren haben diese Herausforderung angenommen: Oberstes Ziel ist gegenwärtig die Marktreife der insgesamt sieben Fokusprojekte. Das Cytos-Team ist multinational, Studenten der ETH, der Uniklinik sowie Universitäten im Ausland sind mit eingebunden. Das setzt Flexibilität voraus. Die wichtigsten Ideen entstünden in diesem Netzwerk, erklärt Blaser. «Das ist die Art, wie heute Forschung gemacht wird.»

Drei wirtschaftspolitische Wünsche

- 1 Für ein Unternehmen wie Cytos ist der Kontakt zu den Hochschulen sehr wichtig, gerade was die Grundlagenforschung betrifft. Letztere darf von der Bildungspolitik keinesfalls vernachlässigt werden.
- 2 Die Bevölkerung ist recht wenig informiert über die wirtschaftlichen Zusammenhän-

- ge und die Funktionsweise von Unternehmen. Eine breit abgestützte Wirtschaftsbildung würde dem Standort Schweiz gut tun.
- 3 Innovation lässt sich nicht direkt fördern, sondern entsteht aus dem richtigen Umfeld heraus. Dieses Umfeld gilt es zu schaffen.



www.cytos.ch

Geschäftsführerkonferenz 2005

Im Rahmen der Geschäftsführer- und Direktorenkonferenz äusserte sich **economiesuisse** kritisch zum Halbzeitresultat der laufenden Legislatur. Das Gastreferat im zweiten Teil war den Fachhochschulen gewidmet.

Für die Wirtschaft fällt die Zwischenbilanz über die erste Hälfte der laufenden Legislatur mit wenigen Ausnahmen ernüchternd aus. Die dringend notwendigen Strukturreformen lassen weiter auf sich warten. Rudolf Ramsauer forderte vom Bundesrat mehr Führungskraft und von den Parteien die Überwindung ihrer Blockierung. Rudolf Walser erläuterte die qualitative Beurteilung des bundesrätlichen Wachstumsprogramms (siehe Schwerpunkt Seite 2).

Schweizer Fachhochschulen im Wettbewerb

In seinem Gastreferat sprach der Präsident der Eidg. Fachhochschulkommission, Stefan Bieri, über die grossen Herausforderungen der Schweizer Fachhochschulen. Er plädierte dafür,



Persönlicher Kontakt ist ein wichtiger Bestandteil des Anlasses.

dass sich die Fachhochschulen noch klarer als Standortfaktor profilieren sollten, damit sie sich im Hochschulwettbewerb behaupten könnten. Nach der Aufbauphase müssten nun die Fachhochschulen ihr Profil weiter und gezielt optimieren: «Nur wer brauchbare, gute Lehre, ein gutes Lernumfeld und gute Dozenten biete, vermöge Studenten anzuziehen.» Vor dem Hintergrund der Bologna-Reform hätten sich die Anfor-

derungen nochmals erhöht. So müssten u.a. Bachelor- und Masterstudiengänge aus einem Guss sein. Weiter gehe es darum, spezifische Stärken zu fördern und nicht die Breite. Mit Blick auf den globalen Wettbewerb und die kleine Volkswirtschaft Schweiz forderte Stefan Bieri eindringlich eine bessere Kooperation zwischen Hochschul- und Wirtschaftspolitik.

@ fredy.mueller@economiesuisse.ch

Dokumentation

- «Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2005»
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter.
Fr. 50.- + MwSt./Porto.
- «Universitäten in der Wissensgesellschaft. Fünf Spitzenuniversitäten im Vergleich und Lehren für die Schweiz.»
Fr. 20.- + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- «Swiss Code of Best Practice»
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.
- Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik
Perspektiven bis 2007. Gratis.
- «Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz».
Erhältlich in Deutsch und Französisch. Fr. 40.- + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- «newsletter»
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- «ausgabenkonzept»
Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen.
Fr. 30.- + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- Portrait **economiesuisse**
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbands. Gratis.
- «Steuerkonzept»
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.-.
- Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Fr. 40.- + MwSt./Porto.
- «E-Mail-Service»
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. E-Mail-Adresse angeben.
- «dossierpolitik», Pressedienst
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 044 / 421 34 34

Bestellung Adressänderung

Name _____ Firma _____
Vorname _____ Strasse _____
Funktion _____ PLZ/Ort _____
E-Mail _____

Vernehmlassungen

20. Juni 2005

Verordnung über das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung
Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

24. Juni 2005

Bundesgesetz über Massnahmen gegen Gewaltpropaganda und Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

30. Juni 2005

Änderung des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit von Anwältinnen und Anwälten
Kontakt: urs.furrer@economiesuisse.ch

1. Juli 2005

Vernehmlassung zum Fonds für Agglomerationsverkehr und Nationalstrassen (Infrastruktur)
Kontakt: gregor.kuendig@economiesuisse.ch

6. Juli 2005

Anhörungsverfahren Übernahme des EG-Hygienerichts im Lebensmittelbereich und Neustrukturierung des Ordnungsrechts zum Lebensmittelgesetz
Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

11. Juli 2005

Parlamentarische Initiative Nationalrat (Fraktion C): Änderung der Postorganisationsgesetze
Kontakt: jan.perret-gentil@economiesuisse.ch

19. August 2005

Vernehmlassung zum Vorentwurf zu einem Gesetz betreffend Überprüfung und Stärkung des gewerblichen Bürgschaftswesens (parlamentarische Initiative der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats)
Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

 Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse.ch anfordern.

Impressum

Herausgeber
economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
Verantwortliche Redaktion
Regina Hunziker-Blum
Adresse
Hegibachstr. 47, Postfach, 8032 Zürich
Tel. 044 / 421 35 35, Fax 044 / 421 34 34
E-Mail: regina.hunziker@economiesuisse.ch
Web: www.economiesuisse.ch
Adressänderungen
marianne.baer@economiesuisse.ch
Erscheinungsweise
monatlich
Gestaltung
Layout 88 GmbH, 8008 Zürich
Druck
Herbstdruck AG, 8032 Zürich